

## Hamburger Senat will bei Qualität in Kitas sparen

Am 31. Dezember 2014 läuft der Landesrahmenvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) und den Kita-Anbietern aus. Im Zuge der Neuverhandlungen haben die Kita-Anbieter ein Gesamtpaket vorgeschlagen: Schrittweise soll die Personalausstattung in den Hamburger Kitas verbessert werden, besonders für die Krippenkinder. Mittelbare Pädagogik und Ausfallzeiten sollen endlich Berücksichtigung finden. Die FHH hat diesen Vorschlag rundweg abgelehnt. Als Konsequenz sind die Verhandlungen zum Landesrahmenvertrag ausgesetzt.

Dabei sind diese Schritte längst überfällig:

- Im Jahr 2005 wurden die Personalwochenstunden für das Erziehungspersonal im Krippenbereich um durchschnittlich 13% abgesenkt. Seither hat es keine Verbesserung der Personalausstattung im Krippenbereich gegeben.
- Hamburg ist Schlusslicht unter den Westdeutschen Bundesländern bei der Fachkraft-Kind-Relation im Krippenbereich.
- Die aktuelle Bertelsmann-Studie stellt fest: „Die Personalschlüssel in Hamburgs Kitas weichen erheblich von einem kindgerechten und pädagogisch sinnvollen Betreuungsverhältnis ab.“
- Die Auswirkungen auf die Gesundheit der ErzieherInnen und die Arbeitssituation in den Kitas wurde durch die Studie der Alice-Solomon-Hochschule „Schlüssel zu guter Bildung, Erziehung und Betreuung in der Freien und Hansestadt Hamburg“ untermauert.
- Der Druck auf die ErzieherInnen, den steigenden Anforderungen gerecht zu werden, ist in den vergangenen Jahren enorm gestiegen.

Trotz der offensichtlichen Dringlichkeit zu handeln, hat die Sozialbehörde mitgeteilt, dass es im kommenden Kita-Etat keinerlei Spielraum für Qualitätsverbesserungen gibt. Im Klartext ist das eine Sparmaßnahme. Damit ignoriert der Senat die untragbare Situation im Krippenbereich.

Gleichzeitig mutet der Senat den Kitas neue Kosten zu. Sie sollen die im Herbst startende, teure Externe Evaluation finanzieren. In den bestehenden Entgelten sind diese Zusatzkosten allerdings gar nicht enthalten.

„SOAL kann diese Politik der ‚mehr Qualität umsonst‘ nicht verantworten“, so Geschäftsführerin Sabine Kümmerle. „Wir setzen uns seit langem intensiv für Qualitätsverbesserungen ein. Die Notwendigkeit zu handeln ist dem Senat durch verschiedene wissenschaftliche Gutachten bekannt. Trotzdem weigert er sich, die Verantwortung für die notwendigen Schritte zu übernehmen. Wenn weitere Verhandlungen Sinn machen sollen, braucht es hier ein klares Umdenken.“